

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Leistungsstörungen und in allen Fällen erhöht

[illegible]

7. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 8. Dezember 1931

## Nummer 200

## Einheitsfront von SPD-Franke bis Nazi-Kluge

# Faschistische Maulkorb-Paragraphen gegen die KPD-Fraktion im Dresdener Rathaus!

Im Interesse der Behebung der Finanznot". Pilsudski-Methoden im Stadtparlament. SPD und Nazis, zwei Stützen der Schied-Diktatur. Werttätige, antwortet auf diesen neuen Schandstreich nationalsozialistisch-sozialdemokratischer Einheitsfront mit einem wuchtigen Aufmarsch für das rote Volksbegehren der RPD

Dresden, den 8. December.

Die gestrige Stadterordnetenitzung im Dresdner Rathaus hat die politische Einheitsfront der sozialdemokratischen Führer und der nationalsozialistischen Bandenhauptlinge im Kampf gegen die kommunistische Partei und ihre Vertreter enthüllt. Der sozialdemokratische Vorsteher Bölsch schlug zu Beginn der Sitzung die Annahme einer neuen Geschäftsordnungsnebelung vor, die ausschließlich gegen die kommunistische Fraktion gerichtet ist. Nach dieser Renormierung dürfen Berichte und Dringlichkeitsanträge erst dann besprochen werden, wenn 10 Stadterordnete dazuliegen unterstützen, außerdem wird die Nebesitzung auf eine Viertelstunde herabgesetzt.

Da die kommunalistische Fraktion nur über 7 Mandate verfügt, wird ihr die Stellung jedes Dringlichkeitsantrages allzumahal unmöglich gemacht.

Bei Verhängung dieser Maßnahmen erhob sich die kommunistische Fraktion zu förmlichem Protest. Genosse Martin Schneider gellte diesen faschistischen Vorstoß und enthielt den sozialdemokratischen Vorsteher als Schrittmacher des Reaktionsbundes im Dresdner Rathaus. Im selben Augenblick sprang Herr Franke von der SPD zur Begründung der Zustimmung seiner Fraktion zu diesem faschistischen Akt auf. Mit der ganzen, ihm eigenen Unselbstständigkeit wagte er es, diese Maßnahmen als „Sparanlegenheit“ hinzustellen. Kaum hatte er geendet, so schloß sich der Nationalsozialist Kluge mit dem Reichsbannerbrunnen Franke und begründete den Befehl des SPD-Führers, die Einheitsfront in Theorie und Praxis zwischen Nazis und SPD-Führer ist entfallend.

Dieser Vorgang im Dresdner Stadtparlament hat gerade bei Eintritt des Hungerwinters, eine ungeheure Bedeutung. Die Brünning- und Schiedadiktatur führt verschärfte Maßnahmen gegen das hungernde Volk durch und gleichzeitig organisieren sie offenen und heimlichen Stützen, die Führer der SPD und KPD in Dresden, genau so wie im sächsischen Landtage und Reich die Anebelung und Mundtotmachung der einzigen Führer der werktätigen Massen, der Vertreter der Kommunistischen Partei. Zur gleichen Zeit, da der Vertrauensmann des Reichs, Herr Käß, mit den Vertretern der Brünningregierung der Verschärfung des Diktats in Dresden verhandelt, wird von sozialdemokratisch-nationalsozialistischer Einheitsfront den kommunistischen Vorkündern die Stellung und Vertretung von Forderungen und Forderungen der werktätigen Massen unmöglich gemacht, der Faschismus wird durch die SPD- und Nazibanden im kalten Wege, Schritt für Schritt, mit verteilten Rollen durchgeführt.

Ein Empörungsturm der ganzen arbeitenden Bevölkerung  
muss dem tschistischen Anschlag beantworten! Jetzt  
heran die Dresdner sozialdemokratischen Arbeiter, die Wohl-

## Roter Aufmarsch gegen Schleck!

### Die Einzelzeichnungen am Montag

Dresden	3740	insgesamt	17 000
Chemnitz	7821	insgesamt	30 315
Leipzig	2760	insgesamt	12 000

Jetzt darf niemand mehr zögern! Noch heute zeichne  
auch du dich ein zum roten Volksbegehren der RPD.

hinterwerbslosen, die ausgepowerten Angehörten und Mittel-  
Kleinsten leben, in welcher Einheitsfront sich SPD-Führer und  
Nazi befinden. Jetzt können sie auch deutlich genug erkennen,  
daß SPD und NSDAP die Handlanger der Dresdner  
Millionäre, die Stützen der Schied-Politik im Rat-  
haus, die Hellscherer der Brüning-Diktatur sind. Gleichzeitig  
zeigt sich hier, daß die Feinde der werktätigen Massen mit  
Schritt die Kommunisten als die unerbittlichen Gegner des herr-  
schenden Regimes und als Vorkühner der Ausgebeuteten und  
Verworfenen fürchten!

Schon haben fast 20 000 Dresdner Einwohner durch die Einzeichnung in die Listen zum roten Volksbegehren ihren Kampf gegen den Ausbrand gedrückt. Die nächsten Tage müssen sie einen Massendankumzug zu den Einzelnachrichtungen leisten. Die zeitigen Proteste gegen die Mundlosmachung der kommunikativen Mordführer des arbeitenden Volkes! Kampf

dem faschistischen Anbelungsattentat der sozialdemokratischen, nationalsozialistischen Schiedsfront im Dresdner Rathaus! Antwortet den Volksfeinden durch Masseneinzeichnung zum roten Volksbegehren der Kommunistischen Partei!

## Das ist die neue Notverordnung

# Lohnabbau! Eingriff in alle Tarife!

Nur mit Hilfe der Tolerierungspolitiker und Gewerkschaftsführer. Kürzung der Löhne, Gehälter und Unfallrenten. Abbau der Beamtengehälter. Erhöhung der Umsatsteuer

Wie bekannt wird, soll die neue Notverordnung der Regierung Brüning, die spätestens am Mittwoch veröffentlicht wird, eine Lohn- und Gehaltsenkung der Tariflöhne ohne Rücksicht auf die Geltungsbauer der Verträge auf den Stand vom 10. Januar 1927 vorsehen. Da die außer tariflichen Löhne im Laufe der letzten 1½ Jahre im härtesten abgebaut wurden, bedeutet diese diktatorische Lohnsenkung einen Abbau weit unter den Stand des 10. Januar 1927 — unabhängig von der Belastung der Arbeiterfamilie durch Erwerbslosigkeit.

Die neue Notverordnung wird die Kürzung der Beamtengehälter ab 1. Februar um 9 Prozent, die Kürzung der Unfallrenten und die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 2 Prozent neben dem Diktat des Lohnabbaues bringen.

Die einzelnen „Preisfestsetzungen“ werden demgegenüber völlig bedeutungslos für die Lebenshaltung der Werktätigen sein. Mit Hilfe der Sozialdemokratie, die am Freitag wieder den kommunistischen Antrag auf Reichstageseinberufung ablehnte, bereitet Brüning diesen neuen großen Angriff auf die Löhne und Gehälter vor. Die ADGB-Führer haben im Wirtschaftsbeirat dabei geholfen. So ist

einer der unerhörtesten Betrugswerkzeuge, die je an der gewerkschaftlich organisierten und an der gesamten Arbeiterschaft begangen worden sind.

Man muß es überall bekannt machen: Mit Hilfe der Gewerkschaftsführer wagt die Regierung Brüning-Groeneveld den neuen Streich. Mit Hilfe der Zeipart und Co. wagt sie zu allem Unerträglichen noch die neue unerträgliche Belastung für die Arbeiter und alle Verfallenen!

## Leipziger Betrug an der Arbeiterschaft

Der Vorsitzende des ADGB hat an den Reichsfiskus eine „letzte Warnung“ gerichtet, in der er gegen die Lohnsenkung und gegen den geplanten Eingriff in das Tarifrecht „protestiert“ und „jegliche Verantwortung ablehnt“. Die ADGB-Führer, die im Wirtschaftsbeirat die neue Notverordnung vorbereiten helfen, machen mit diesem papiernen Protest ein dreistes Betrugsmanöver.

Die ADGB-Führer denken nicht daran, den Streik gegen den Roh- und Gesteinsabbau zu organisieren.

Die sozialdemokratischen AIDS-Führer kämpfen gegen jeden Streik

Die sozialdemokratischen ADGB-Führer wollen sich mit solchen „Warnungen“ nur ein Alibi vor den empörten Massen verschaffen.

**Brolet, wehr dich!**

„Gut ab, Herr Reichskanzler, Gut ab vor diesen Männern und Frauen, die hungernd für die Freiheit kämpfen! Was würde ohne sie aus Deutschland? Was würde ohne sie aus Ihnen, Herr Reichskanzler?“

(Vorwärts vom 6. Dezember.)

Nur wenige Stunden noch trennen uns von dem Erfolg der Rotterordnungen, der Rotterordnungen, die nach Ansicht der Regierung die äußersten Reserven des deutschen Volkes angreifen. Die Löhne und Gehälter werden auf den 1. vom Januar 1927 herabgedrückt, die Umsatzsteuer wird verdoppelt, die sozialen Unterstützungen werden bis zu 27 Prozent abgebaut. Sagelicht laufen die Reueinschläge der neuen Verordnung auf die Volksmassen herunter.

III das wissen die sozialdemokratischen Führer natürlich genau. Sie wissen, daß sich die Angriffe der Brüning'schen Verordnungen nur gegen die wertvollsten Kräfte richten. Sie wissen, daß die Brüning'sche Regierung trotz allem lebendigen Zusammenhangs keinen Finger breit von den geplanten Rotverordnungen abweicht. Trotzdem verurteilen diese Rotverordnungen

politisch, die sozialdemokratischen Arbeiter mit Unterstützung der Diktaturpolitik des Reichskanzlers Brüning zu mißbrauchen.

In Danksagen von Versammlungen haben die SPD-Führer geäußert: „Staat, greif zu!“ Wer ist der Staat, der „zu packen“ soll? Begründen wir uns heute einmal mit dem Urteil eines bürgerlichen Journalisten, der im gestrigen „WM“ schreibt:

„Der Staat: das ist eine relativ kleine Zahl von Menschen, die in einer relativ kleinen Zahl von Ämtern sitzen... Sehen wir uns die Menschen an, die heute die oberste richtende und die oberste vollstreckende Gewalt repräsentieren, so sind sie es, sie und kein anderer, an die sich die Forderung: „Staat, pack zu!“ richtet... Sie haben nach allen Seiten und oft zugespitzt; aber wir sehen nicht, daß es mit Vorliebe gerade in der Richtung geschehen wäre, die diejenigen vorschwebt, die sich jetzt auf neue an den Staat wenden.“

Die SPD-Führer sind durch ihren jahrelangen Verrat an den Interessen des werktätigen Volkes auch ideologisch schon dement auf den Hund gekommen, daß ein bürgerlicher Schriftsteller die Dinge klassenmäßig richtiger sieht als der Vorwärts.

Der Staat, der „zu packen“ soll, das sind die preußischen, meist sozialdemokratischen, Polizeipräsidenten, die fast alle Kundgebungen und Versammlungen revolutionärer Arbeiterorganisationen unterdrücken, aber den Kundgebungen der Nazis nichts in den Weg legen. Das sind die Richter von Hagen, die acht Nazimordbuben, durch deren Augen drei Arbeiter er-

## 200 Prozent Stimmengewinn der SPD!

Roter Vormarsch in Seilendorf

Die Gemeindeverordnetenwahl in Seilendorf brachte der SPD einen großen Stimmengewinn. Während die Nazis 67 Stimmen erhielten und die SPD 250 liegt die Kommunistische Stimmabgabe von 100 auf 305! Die Kommunisten erhielten zwei Mandate, zum 3. Mandat fehlte lediglich eine Stimme.

mordet wurden, freigesprochen haben. Das ist der sozialdemokratische Minister Severing, der den RZB verbietet, aber die SA erlaubt, der mit seinem Redeverbot als ersten einen sozialdemokratischen Aufruf delegierten traf. Der Staat, das sind die Stadtbehörden von Eutin, die den Naziterror ungehindert dulden, Reichsbannerlokale schließen und Reichsbannerarbeiter verhaften. Sollen die Beispiele noch vermehrt werden? Der Raum einer Zeitung würde nicht ausreichen, um all die faschistischen Handlungen des jetzigen Staates aufzuzählen.

An diesen Staat appellieren die SPD-Führer. Auch in den Betrieben wird diese faschistische Ideologie gelehrt. So erklärte in Berlin der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Koch von der AEG: „Kampf gegen den Faschismus ist sehr gut, aber ich überlasse das dem Genossen Severing!“

Den Kampf gegen den Faschismus „dem Genossen Severing überlassen“, das heißt, die Arbeiter mehr als jenen Polizeioffizieren vom Schlage eines Polizeimajors Leut ausliefern, die Arbeiter ohne Kampf unter das Joch des verschärften Lohnabbaues beugen.

Der Appell der SPD-Führer enthält ihre eigene Ohnmacht. Sie stehen die faschistische Staatsmacht um Hilfe an, weil sie Angst vor der Macht der Arbeiterklasse haben. Sie werden auch die Koalition Hitler-Brüning als kleineres Übel unterstützen, weil das größte Übel für sie die proletarische Revolution ist.

Der Hilferuf der SPD-Führer an den faschistischen Staat apparat zeigt gerade den sozialdemokratischen Arbeitern, daß der antifaschistische Kampf sich nicht nur gegen Hitler-Hugenberg richten kann und darf, sondern daß er mit derselben Schärfe gegen Brüning-Severing geführt werden muß. Die Notverordnungen, Rede- und Versammlungsverbote, die Pressezensur, der Lohn- und Unterstützungsabbau — all das sind faschistische Unterdrückungsmaßnahmen. Sie können noch gesteigert werden, aber ihren grundsätzlichen Charakter werden sie nicht ändern.

Aber die Massen beginnen sich gegen diese faschistischen Nadelstiche zu wehren. Wenn die SPD-Führer die Politik des kapitalistischen Klassenfeindes zur Durchführung zu bringen suchen, so sehen die Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei dem ihre proletarische Klassenpolitik entgegen.

In jedem Betrieb, in dem der Lohnraub durch eine geschlossene Streikfront, ohne nach dem Mitgliedsbuch der Gewerkschaft oder Partei zu fragen, abgewehrt wird — und das geschieht in vielen hundert Fabriken —, formiert sich die Front der Arbeitermacht.

In allen proletarischen Stadtteilen, wo Erwerbslose, ohne Unterschied der Parteirichtung gegen die Ermittlung ihrer Klassengenossen zusammenstehen — und das geschieht in hunderten Orten —, formiert sich die rote Einheitsfront des kommenden Sieges.

In allen Dörfern, wo unter Führung der Arbeiter die Kleinbauern Bündnisse bei ihren Leidensgenossen umgänglich machen — und das geschieht in hunderten Fällen —, formiert sich das Klassenbündnis der proletarischen Macht.

Die SPD-Führer laufen händeringend zu Brüning. Die Arbeiter aber bitten nicht, sondern kämpfen. Sie wissen: Niemals wird die deutsche Arbeiterklasse eine Regierung Hitler dulden. Denn die deutsche Arbeiterklasse ist ungeschlagen und — wenn sie in roter Einheitsfront unter revolutionärer Führung in den Kampf tritt — auch unbesiegbar. Die Arbeiter wissen: Vor dieser revolutionären Einheitsfront wird jede kapitalistische Diktaturpolitik in wenigen Stunden kapitulieren müssen. Die Arbeiter rufen darum gegen ihre Feinde nicht die Staatsmacht der Bourgeoisie zu Hilfe, denn für sie besteht der alte Grundsatz von Marx und Engels noch voll zu Recht:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“

## Orzeinski sorgt für „Ruhe und Sicherheit“

Versammlungen gegen Nazi-Best verboten

Die Kommunistische Partei hat für Mittwoch eine Versammlung in Wilhelms Park in Berlin-Charlottenburg einberufen unter der Parole: „Die SPD will Hitler ranlassen.“ Die Polizei hat diese Parole verboten, weil dadurch die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet wird. Die Versammlung darf nur mit einem anderen Thema stattfinden.

Gestern wurde eine öffentliche Versammlung in Reinickendorf eine Stunde vor Beginn von der Polizei verboten, weil sie das Thema hatte: „Wer kreuzt, wird erschossen!“

Unseren Lesern sei mitgeteilt, daß der Polizeipräsident von Berlin nicht etwa ein Nazi, sondern der Sozialdemokrat Albert Orzeinski ist.

## Rotes Volksbegehren gegen Industriellenregime!

# Wohlfahrtshilfe – Kapitalsubvention!

Zwei Staatsbeamte vor dem Disziplinargerichtshof. Die Heldt-Bürger-Regierung gehört mit auf die Anklagebank!

Dresden, den 8. Dezember.

Gestern begann hier vor dem sächsischen Disziplinargerichtshof der Prozeß gegen den Ministerialrat Dr. Maier und gegen den Regierungsrat Dr. Böhme, früher im Innenministerium, jetzt in der Reichshauptmannschaft Dresden. Die Anklage führt in die Zeiten der Heldt-Bürger-Regierung zurück, die auf Wunsch des sächsischen Industriellenverbandes nach dem Reichswehrmarsch 1923 in den Sattel gehoben worden war. Gleichzeitig entlarvt dieser Prozeß die kapitalistische Wohlfahrtshilfe und zeigt auch die Rolle sozialdemokratischer Staatsfunktionäre.

Dr. Maier ist Sozialdemokrat. Er dient und dient wie alle SPD-Staatsfunktionäre den kapitalistischen Regierungen mit all seinen Fähigkeiten. Eine dieser Fähigkeiten ist die Anpassung an die kapitalistische Subventionspolitik auf Kosten der breiten Massen. „Sächsische Wohlfahrtshilfe“ nennt sich großspurig diese Einrichtung, deren Verwaltung von beiden Männern derart durchgeführt wurde, daß riesige Summen, angeblich zur Linderung der Not und für Fürsorgeweise bestimmt, in die Hände eines skrupellosen Kapitalisten geleitet wurden, der mit frechem Betrug und planmäßiger Niedertracht diese Gelder für sich verwendete.

Der berühmte Fabrikant Seidemann,

der Besitzer mehrerer Schwindelunternehmungen, erhielt nach und nach durch Vermittlung beider Männer nicht weniger als 2,8 Millionen Mark, die reißlos verloren sind. Dr. Maier hat glänzende Urteile über Seidemanns schmutzige Geschäfte gefällt, da er „von der Güte der Unternehmungen“ überzeugt gewesen sei. Dr. Böhme hat die Gelder nach und nach herausgegeben, bis die Summe von 2,8 Millionen erreicht worden war. Sogar nachdem die Abgabe von Anlagegebühren aus der sächsischen Wohlfahrtshilfe verboten worden waren, sind dem Seidemann auch weiterhin Gelder zugesandt worden, während die Not der sächsischen Wohlfahrtsempfänger ins Ungeheuerliche gestiegen ist. Jetzt beantragt die Regierung die Dienstentlassung für beide,

aber diese beiden sind nicht allein verantwortlich.

Es stellt sich nämlich heraus, daß die ungeheuerlichen Vor-

gänge besonders dadurch ermöglicht wurden, daß die Ministerien untereinander keine Klarheit über die Zuständigkeit bei der Verwaltung der sächsischen Wohlfahrtshilfe geschaffen haben. Die beiden Angeklagten betonten auch in der geistigen Verhandlung, daß ihnen weder von dem damaligen Arbeitsminister Lohner, noch von dem Ministerialdirektor Dr. Tittel irgendwelche Vorhaltungen gemacht worden seien. Die Geldverteilung zwischen dem Innen- und dem Arbeitsministerium war so „wohlgeordnet“, daß keiner der Beamten genau wußte, welche Stelle eigentlich über die Wohlfahrtshilfe zu entscheiden hatte.

Die sächsischen Industriellen-Regierungen

haben wahrhaftig auch andere Dinge im Kopf als Hilfeleistung für die Armen der Armen, die in die Klauen der kapitalistischen „Wohlfahrtshilfe“ geraten sind. Der Maschinensächsischen Polizeiparagrafen, die Finanzierung der Kirche, die Steuererlasse der Kapitalisten und die Reisegebühren für die hohe Bürokratie erforderten, daß man den Armen der Armen Pienitz für Pfennig abnahm. Der Kapitalist Seidemann erhielt dafür Millionen, um ein paar Briefumschläge mit hochtönen Namen auszugeben. Das ist kapitalistische Wohlfahrtshilfe: reinste Wässerei und diese sieht auch mit auf der Anklagebank!

## Dr. Paul Friedländer bricht in Dresden

Notbittat gegen Krankenkassenmitglieder / Der Fall Tempel

Morgen, Mittwoch, 20 Uhr, findet im Regieretheater, Friedrichstraße, eine bedeutungsvolle Versammlung für alle Versicherten statt, in der Genosse Friedländer die Abnahme von Maßnahmen in der Sozialversicherung behandeln wird. Außerdem spricht Genosse Paul Gunter über das Thema: Wie wurde Tempel Vorsitzender der Ortskrankenkasse Dresden? Dresdner Einwohner, erscheint in Massen. Hört die Meinung der Kommunisten zu den ungeheuerlichen Anschlägen gegen die Krankenkassenmitglieder! Euch alle geht es an!

# Faschistenblatt entlarvt Hitler

Börsenblätter befreit. Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum. Auch Verhandlungen mit der französischen Bourgeoisie

Der „Jungdeutsche“, selbst ein faschistisches Blatt, schreibt zu den Erklärungen Hitlers vor den englischen und amerikanischen Pressevertretern folgendes:

„Die Neuerungen des nationalsozialistischen Parteiführers zeigen wirklich, daß er der internationalen Hochfinanz nicht gefährlich ist und auch nicht gefährlich werden wird. Die amerikanischen Börsenblätter zeigen sich von den Neuerungen Hitlers sehr beeindruckt, in ähnlicher Weise wie die englischen Blätter. Letztendlich soll der Abgeordnete Rosenberg, wie der Pariser „Matin“ berichtet, seine Rückreise über Paris nehmen. Hitler sei nämlich, so schreibt dieses führende französische Blatt, das dem Außenminister Briand nahesteht, bereit, bei seinem Eintritt in die Regierungsgewalt ein Wirtschaftsbündnis zwischen Deutschland und Frankreich abzuschließen. Die Fühlungen zwischen Nationalsozialisten und Franzosen werden ja auch in München nicht mehr abgelehnt.“

Interessanterweise ergibt sich aus der Hitler-Unterredung, daß die Nationalsozialisten sich auf eine Koalitionsregierung mit dem Zentrum vorbereiten. Hitler erweist sich als ein Mann des Parteiensystems, genau wie zuvor die völksparteilichen und deutschnationalen Führer. Er begibt sich endgültig auf den Boden des heutigen Systems. Die Wählermassen, die Hitler zugeführt sind, wollen einen neuen Staat. Doch Hitler gibt sich mit einer Koalition im heutigen Staat zufrieden.“

Soweit der „Jungdeutsche“, das Organ des Jungde, dessen Führer selbst im faschistischen Lager stehen. Hitler hat sich selbst entlarvt. Er will nichts sein als der besoldete Frontvogt des internationalen Großkapitals. Er will die Großkapitalisten schützen und ihnen riesige Profite schaffen, aber das wertvolle Volk in Stadt und Land soll bis aufs Hemd ausgeplündert werden. Die SA und SS sollen nichts als Kampfruppen gegen das wertvolle Volk, gegen die rote Einheitsfront und gegen die Sowjetunion sein.



Alfred Rosenberg, der A. A. S. S. O. V. - ständige Mitler in London

Er bringt den englischen Kapitalisten die frohe Botschaft, daß Hitler, wenn er an der Macht ist, die Auslandschulden Deutschlands selbstvergütlich zahlen wird.

## Hitler fährt nach Rom

Adolf Hitler ist heute das österreichische Bismarck für die Durchreise nach Ungarn und Italien demittiert worden.

Gleichzeitig wird bekannt, daß der Zentrumsführer, Paul Raas, sich bereits in Rom aufhält und mit dem Papst in Unterredung über die Regierungspolitik des deutschen Zentrums hatte. Soll in Rom über die Wünsche Hitlers nach dem Reichsministeressen verhandelt werden?

Hitlers Reise zu Mussolini und dem Papst ist ein Zeichen des Gefühls der wertvollen deutschen Bauern in Südtirol, die sich gegen die faschistische Anwesenheit Italiens aufbäumen und die von der sich „national“ gebärdenden Hitler-Partei lang in ihrem nationalen Befreiungskampf verraten worden sind.

## Polen-Kapital hofft auf Hitler

Der „Freiheitskampf“ prohi mit dem Lob der „polnischen Edelbau“

Das sächsische Wustmannblatt veröffentlicht triumphierend das Urteil eines polnischen Kapitalistenblattes über Hitler unter folgenden Überschriften:

„Eine polnische Stimme für Hitler“

„Kompromiß Brüning-Hitler die gesündeste Lösung“

Wörtlich gibt der „Freiheitskampf“ dieses Urteil folgendes:

„Eine Gewähr für Ruhe und Ordnung in Deutschland würde nach Auffassung Wustmans durch eine Zusammenarbeit zwischen Hitler und der Zentrumsregierung gegeben sein... Zentrum und Hitler ergänzen sich gegenseitig und ein Kompromiß zwischen ihnen wäre die gesündeste und dauerhafteste Lösung der innerpolitischen Schwierigkeiten Deutschlands.“

Das Organ der sächsischen Nazis stellt dieses bezugslose Lob der „polnischen Edelbau“, wie sich die Nazis früher ausdrückten, händelnd ein.

Auch für Herrn Brüning und das Zentrum ist dieses Lob ein Hinweis. Das Auslandskapital fordert die Regierung Brüning-Hitler, damit die Zahlungen an die Imperialisten gegeben sind. Gleichzeitig geht man damit ein: Zentrum und Hitler sind heute die Hauptstützen der kapitalistischen Erfüllungspolitik, wie es früher die SPD hauptsächlich war — die Kommunisten ihr einziger und gefährlichster Feind. Gegen diesen Feind muß das Auslandskapital geschützt werden — und da findet es mit Hitler seinen besten als — Adolf Hitler und die NSDAP.

Dazu schmunzelt erfreut der „Freiheitskampf“ — echt „national“ und echt „sozialistisch“!

So zeigt sich eine Linie von Wels, dem SPD-Erfüllungs-pollitzer des Auslandskapitals über die von ihm gestützte Brüningregierung bis zur „Hamburger Opposition“ des Herrn Brüning — gegen diese Front marschiert, ihr Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern, wertvolle Mittelständler, in roter Einheitsfront für die Befreiung vom Joch des ausländischen und inländischen Kapitals durch den Sieg der kommunistischen Partei!

## Hörfings Vech

Der famose Reichsbannerführer Hörfing ist mit seinem faschistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm, zu dessen Propagierung er den „Deutschen Volkskurier“ seit dem 1. Dezember herausgab, auf so eilige Ablehnung seitens der Reichsbannerarbeit-ter gestoßen, daß das Blättchen nach fünf Tagen sein Erschei-nen einstellen mußte!

Krank geboren, jung gestorben! Hörfings Blatt hatte wahr-haftig jede Existenzberechtigung verloren, nachdem der Reichsbanner selbst sich zum Sachwalter der Stützung der Nazimacht gemacht hat. Da war Hörfings Konkurrenz in der Tat überflüssig.

Die 8. Plenartagung des Zentralkrats der Roten Gewerkschaftsinternationale eröffnet — Ueberwältigende Demonstration der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher

**SLUB**  
Wir führen Wissen.

**Sämtliche Ausrüstung für die Arbeiterwehr**  
Kaiserstraße 18, im Hof**Bleibt heimatreu - Trinkt Schwerter - Bräu!****Herm. Hanschmann Nachf.**  
Inh. Willy Weise  
Kaiserstraße 18**Emil Kattler, Marlinstraße 1**  
Leberhandlung - Leber- und Leberbrot  
Kattlerstraße 1**Bruno Göhler, Vorbrücker Str. 31, Tel. 2915**  
Meißner Sauerkrautfabrik u. Gurkenabfüllerei**Hugo Göttsch, Inh. Br. Lehmann**  
Kolonialwaren, Spirituosen, Fleischwaren  
5. Prom. Markt, Nikolaisplatz 8**Anna Heller, Burgstr. 13**  
Fisch- und Kolonialwaren  
Billigste Bezugsquelle**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
PAUL FINKERT  
Kleinmarkt 8 - Ruf 2414**Lebertoren - Dörrfleisch - Stragula**  
Curt Brodowski  
Kattlerstraße 6 - Ruf 3676**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Hilbert Wippler, Nikolaisplatz 6, Tel. 3020**Schokoladenfabrik Bruno Clauß****Verkaufsstelle: Hahnemannsplatz****Molkerei Meißen**  
Sämtliche Molkereiprodukte in frischer und guter Qualität sowie Belieferung sämtlicher Konsumvereins-Verkaufsstellen**Alle zu Loewenthal****Max Oplitz / Fahrmannstr. 4**  
Kolonialwaren, Transporte aller Art**Otto Behrmann, Moritzburger Platz 3****Schuh-Beckh-Anstalt**  
Heinrich Pielde, Neugasse 25**Bruno Kempe, Kaiserstr. 24**  
Leinwandwaren und Kohlenhandlung**Wilsdruff-Grumbach****Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Holz- und Kohlenhandlung**  
Böttcherer Bruno Starke, Grumbach**Arbeiter, Du forderst Gemeinwirtschaft**

Wer Aufhebung der Ausbeutung menschlicher und finanzieller Kraft zum Vorteil einzelner und Einstellung aller Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit will, der wird Mitglied im

**Konsumverein Meißen e.G.m.b.H.****„Filmburg“**Neugasse 64  
Beginn 5, 7, 9 Uhr, Sonntags ab 4 Uhr**Damen-Haarpflege****Berta Baark**  
Neumarkt Nr. 11**Restaurant „Vergelt“**, Ralberg 25  
Hauswirtschaftliche - u. Feinbäckerei  
Anna Götter**Besucht die Central-Lichtspiele****MAX WINKLER**  
Ausführung von elektr. Licht- u. Kantenlagen  
Spezialhaus für moderne Beleuchtungsanlagen  
Hahnemannsplatz 19**Oswald Lange****Bäckerei**  
Weinberggasse 12**„Tempo“**amerikanische  
Expres - Bäckerei  
Elbstraße 22gut - schnell  
billig**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Gustav Richter  
Großhändler Str. 26**Brockwitz****Richard Müller, Fabrikstraße 112**  
Brot, Weiß- u. Feinbäckerei**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**Brockwitz****Richard Müller, Fabrikstraße 112**  
Brot, Weiß- u. Feinbäckerei**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Rud. Reiprich  
Pölsche  
Dresdner Straße**H. Fleisch-**

SPD und Nazis beschließen in Einheitsfront

# Faschistische Knebelung der KPD im Rathaus

Dölich singt Herrn Kütz ein Loblied. SPD-Manöver zur Verschleierung der sozialfaschistischen Verbrechen an den Erwerbslosen. Werktätige, eure Antwort: Alles heraus zur Einzählung für das rote Volksbegehren!

Der bisher der naiven Auffassung war, daß die SPD-Führung einer Steigerung ihrer Schandtat nicht mehr fähig sei, wurde gestern Abend im Dresdner Rathaus eines anderen belehrt. Die Kütz, Finsterbusch, Franke setzten ihrem schamlosen Verhalten der letzten Wochen und Monate die Krone auf. Der letzte Rest der demokratischen Fassade wurde gestern gemeinsam mit den Nazis bis zur SPD unter dem grünen Banner der Einheitsfront gemacht. Die kommunistische Opposition soll unter allen Umständen nur noch konfessionell zusammengetrieben werden. Nach der Annahme dieser Anträge werden die Stadtverordneten nur noch konfessionell zusammengetrieben. Die große Linie der Weisung ist, die in der Tolerierung eines Hitler-Brünnings-Kabinetts besteht, wird im Stadtparlament von den Nazis heute offiziell praktiziert. Die sogenannten „Einigen“ verstehen, dem Faschismus in der Gemeinde den Weg zu ebnen. Ausdrücklich und öffentlich Kluge, der Fraktionsführer der Nazis, die Argumente der Franke und Dölich. Gestern fanden sie sich sogar in geheimer Sitzung zu beraten! Sie müssen sich einreden in die rote Klassenfront unter Führung der kommunistischen Partei, die allein den Kampf führt für Arbeit, Brot und Freiheit!

Gleich eingangs der Sitzung übertrumpft der SPD-Vorstand Dölich das Kollegium mit einem Bericht des Vorsitzenden. Danach schlägt derselbe „im Interesse der Behebung der Finanzlage“ (?) der Stadt Dresden folgende Maßnahmen vor: 1. Die bisherige Gehaltsbeschränkung der Stadtverordneten wird aufgehoben, wenn eine Gruppe des Kollegiums es verlangt, werden nur noch gegeben, wenn 10 Stadtverordnete es verlangen; 2. Für die Dringlichkeit von Anträgen darf nur gesprochen werden, wenn 10 Stadtverordnete denselben unterstützen haben; 3. Die Rededauer wird auf eine Viertelstunde herabgesetzt.

Genosse Martin Schneider nahm scharf gegen diesen faschistischen Vorstoß Stellung, der, geführt von der SPD

und gedeckt von den Nazis, zur Knebelung der kommunistischen Fraktion, als der einzigen Hüterin der Werktätigen im Dresdner Rathaus, unter dem Beifall der Scharfmacher durchgeführt wurde. Herr Dölich und die SPD-Fraktion bringen sich mit diesem neuen faschistischen Vorstoß der Reaktion für die Neuwahl des Vorstehers im Januar in Empfehlung.

Dann stieg Herr Franke in die Arena. Er hatte den Mut, diese Vorschläge als „sinnvoll“ zu bezeichnen. Die Demokratie bedeutet nicht Freiheit für Redefreiheit. In schamloser Weise verteidigt er dann für die SPD den Raub der Minderheitsrechte. Man muß dabei die SPD-Fraktion gelassen haben, die mit einem strengen Vorgehen auf den seitens der Nazis alle Straußelheiten mitmacht. Nach Herrn Franke sprach für die

Nazis Herr Kluge. Er begründet die Zustimmung der Nazis mit denselben Argumenten wie Reichsbanner-Franke. Wörtlich erklärte Kluge:

„Wir Nationalsozialisten wollen uns einer vernünftigen Maßnahme (Kampf gegen die KPD) nicht widersetzen.“

Händereibend nehmen die Scharfmacher im bürgerlichen Lager die Übereinstimmung ihrer Knechte zur Kenntnis.

Der faschistische Vorstoß wird dann gegen die Stimmen der Kommunisten in Einheitsfront von den Nazis bis zur SPD angenommen.

Dann wird die Tagesordnung nach den neuen Beschlüssen im Hekttempo durchgepeitscht. Alle Anträge der KPD auf Berichtigung wurden abgelehnt. 18 Punkte waren im Handumdrehen durch die faschistische Front erledigt. So hatte die KPD unter anderem zu einer Vorlage des Rates betr. den Abbau der Schulpeinung Bericht verlangt.

Die SPD wie die Nazis hatten an diesem Bericht kein Interesse und sanktionierten damit ausdrücklich diesen Raub an den Kindern der Erwerbslosen.

## Kommunistischer Vorstoß gegen Korruptionskass bei der Dresdner Straßenbahn

Dann fand folgender kommunistischer Antrag: „Kollegium wolle beschließen, die Direktion der Dresdner Straßenbahn AG um Auskunft zu ersuchen:

1. Ist es richtig, daß zum Leiter der Kammerverwaltung vom 1. Dezember 1931 an ein Angestellter der Treuhändergesellschaft auf Privatdienstvertrag angestellt wurde?

2. Warum sind nicht geeignete Arbeiter, Angestellte oder Beamte der Dresdner Straßenbahn AG mit der Leitung der Kammerverwaltung betraut worden?“

Eingehend begründete Genosse Lade den Antrag. Er zeigte die Enttehrung dieses Korruptionsjumps und forderte restlose Aufklärung in der Öffentlichkeit.

Für die SPD sprach Herr Kirchhof zwei ganze Sätze. Das ist heute alles, was die SPD zu Korruptionsandalen zu sagen hat.

Der Hauptschuldige, Herr Stadtrat Albrecht, unter dessen Leitung sich dieser Korruptionsjump entwickelt konnte, hatte nicht ein Wort dazu zu sagen.

Er hatte sogar die Stirn, auf Aufforderung der KPD frech zu lächeln. Herr Albrecht kann versichert sein, die Werktätigen werden diese Stellung nicht vergessen. In einem sozialistischen Deutschland wird kein Raum sein für solche Korruption!

Anschließend steht ein Antrag zur Debatte, in dem der Rat ersucht wird, die Fürsorgeleistungen unter allen Umständen pünktlich und voll auszuführen. Diesen Antrag benutzte der SPD-Vorsteher Dölich zu einer maßlosen Kommunistenhetze, bei der er sich, wie eingangs der Tagesordnung, in der Gemeinlichkeit der Argumente auf einer Linie mit den Führern der Nazis traf. In salbungsvollen Worten sprach Herr Dölich von „Notzeit“, die „gemeinsam überwunden werden müsse“. In „schwerer Arbeit“ habe der Herr Oberbürgermeister mit ihm gemeinsam verbracht, bei Landes- und Reichsregierung eine Erleichterung der Lage für Dresden zu erwirken. Wenn das Parlament seine Pflicht tue, dann werde auch die Notzeit überwunden werden und dann werde die Selbstverwaltung wieder voll in Kraft treten können. Während aber die Pfaffen auf ein besseres Jenseits vertrösten, verweist Herr Dölich unter Witzens der „Einigen“ auf ein besseres Diesseits, wenn — ja wenn, das ist die große Frage!

## Kommunistische Abrechnung mit den Volksfeinden

In äußerst temperamentvoller Weise antwortet für die KPD Genosse Schneider. Er zeigt die ungeheure Schuld der SPD an dem Elend der Millionen. Dölich hat wohlweislich die Ursachen des Elends verschwiegen. Was haben denn die Empfänger der Korruptionsgehälter, die Herr Dölich so lobt, getan für die verelendeten Massen? Warum wurden die Anträge der KPD betr. Besteuerung der großen Vermögen und der Millionäre von SPD und Nazis abgelehnt? Warum die Herabsetzung der hohen Gehälter, durch die 60 Millionen herausgeholt worden wären? Die SPD will durch Herrn Dölich nur ablenken. Hat die SPD im September vor Zusammentritt dieselben Manöver gemacht? Damals sprach sie von Millionen, die sie von der Reichsregierung für Sachen wollte klug gemacht haben. Hat ein Erwerbsloser auch nur einen Pfennig mehr oder Arbeit erhalten? Nichts von alledem! Die Werktätigen werden auf das neue Betrugsmanöver der SPD nicht hereinfallen. Sie werden unter Führung der KPD kämpfen für die Sicherung ihrer Existenz. Auch hier erklärt Kluge für die Nazis:

Die Nationalsozialisten können den Vorschlägen des Herrn Dölich zustimmen, wenn sie ehrlich gemeint sind.

Im übrigen fordert er Freimachung von Futtertrüppern für die Nazis.

Zum Schluß wird noch folgender Antrag der KPD, gegen den sich die gesamte Rechte wendet, durch die Genossin Gansauge begründet, mit Mehrheit angenommen:

„Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Straßen und Plätze der Stadt dem ambulanten Gewerbe für den Weihnachtsverkauf freizugeben.“

Auch diese Sitzung war ein Lehrbeispiel dafür, daß die SPD die treibende Kraft bei der Durchführung der Faschisierung der Verwaltung ist. Eine Mahnung mehr, die Kräfte für die Herstellung der roten Einheitsfront zum Kampf um den Sozialismus zu verdoppeln.

## So kann es nicht weitergehen!

Das ist heute überall, sei es auf der Stempelstelle, im Betrieb, im Büro, im Geschäft, auf der Straße oder in der Straßenbahn oder anderswo, zu hören. Hunderttausende sind mit dem heutigen System nicht mehr einverstanden und empfinden:

## Es muß anders werden!

Ueber das Wie und das Wann sind sich aber viele noch im unklaren. Deine Pflicht, Genosse und Genossin, ist es, diese Volksgenossen aufzuklären. Rüttle sie auf, ermahne sie, zeige ihnen den Weg, der zur Befreiung führt, den Weg der Kommunistischen Partei! Sie werden dich verstehen und begreifen, daß auch sie mitkämpfen müssen für das große Ziel, für den Sozialismus, und sich

## zum roten Volksbegehren einzeichnen!

### Reichtum wächst aus eurem Elend!

## 9 Personen besitzen 899 Millionen Reichsmark

Die neue Millionärsklasse / Die Zahl der Millionäre trotz Massenelend ungeheuer gewachsen / Wieviel Millionäre gibt es jetzt in Dresden? / Werktätige, heraus zur Einzählung zum roten Volksbegehren!

Das nachstehende Material entstammt mit dem „Roten Wähler“, dem monatlich erscheinenden Mitteilungsblatt der kommunistischen Reichsbannerfaktion, zu beziehen durch jede Volkshaus. Mit Fragen: Wie hoch mag in Dresden die Zahl der Millionäre sein?

„Aus dem 2. Oberheft der vom „Statistischen Reichsamt“ herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ finden wir die neue Millionärsklasse für Deutschland („Das steuerpflichtige Einkommen im Jahre 1928“).

Es gab in Deutschland 28 096 800 einkommensteuerpflichtige Personen, und zwar waren davon 23 885 917 Lohnsteuerpflichtige und 4 210 883 veranlagte Einkommensteuerpflichtige. Die nach veröffentlichte Vermögenssteuerstatistik ergibt:

von den 28 096 800 einkommensteuerpflichtigen Personen waren 23 331 763 überhaupt kein steuerpflichtiges Vermögen! Warum war die Zahl der Millionäre von 2335 im Jahre 1925 und 2465 im Jahre 1927 auf 3147 gestiegen.

Es behält ein steuerbares Vermögen von:

	1925	1927	1928
bis 2,5 MILL. RM.	1870	1950	2548 Personen
bis 5,0 MILL. RM.	325	360	446 Personen
bis 10,0 MILL. RM.	107	115	131 Personen
über 10,0 MILL. RM.	33	40	49 Personen

Die 3174 Millionäre von 1928 besaßen insgesamt versteuertes Vermögen von 6,990 Milliarden Reichsmark! (Die 2335 Millionen von 1925 besaßen „nur“ 5,136 Milliarden, die 2465 Millionen von 1927 „nur“ 5,580 Milliarden).

19 Personen mit mehr als 10 Millionen besaßen zusammen 899 Millionen!

Die Zahl der „Halbmillionäre“ (die „nur“ 500 000 bis 1 000 000 Reichsmark angegeben haben) betrug 1925 4912 Personen mit 3,339 Milliarden Vermögen, 1927 5115 Personen mit 3,221 Milliarden, 1928 6583 Personen mit 4,161 Milliarden Reichsmark!

Außerdem gab es 1928 noch 5528 juristische Personen (Gesellschaften) mit Vermögen über 1 Million; ihr Gesamtvermögen betrug 27,055 Milliarden Reichsmark! (1927 nur 4772 mit 23,540 Milliarden.)

Diese Statistik der Kassenvermögen in Deutschland beweist, daß nicht nur die Zahl der Millionäre, sondern auch die Höhe ihrer Vermögen gewachsen ist.

Diese Zahlen mögen sich die werktätigen Massen Deutschlands vor Augen halten, indem sie sich erinnern, daß die Regierung des Reichs Brünnings und die Parteien von der SPD und den Nazis im Bund mit der kommunistischen Antrag auf Einführung der Sondersteuer von 20 Prozent auf die Millionäre abgelehnt haben!

Wie groß mag die Zahl der Millionäre in Dresden sein?

Wieviel sind hier neue Millionäre zu den 1925 gezählten gekommen? Warum wurde hier die von der KPD geforderte Besteuerung der Millionäre und großen Vermögen von der SPD und den Nazis im Bund mit der gesamten großkapitalistischen Front abgelehnt? 54 Millionen Reichsmark wären

durch eine einmalige Besteuerung allein in Dresden herausgekommen.

## Braucht Dresden die 54 Millionen RM nicht?

Warum verzichteten die Kütz, Führer auf diese Summe? Weil sie die Sanierung des kapitalistischen Systems auf Kosten der Millionen Werktätigen durchführen wollen. Die Werktätigen sollen bluten, damit die Zahl der Millionäre weiter wachsen kann. Werktätige, wollt ihr das auch? Wenn nicht, dann reißt euch ein in die rote Klassenfront, kämpft gemeinsam unter Führung der KPD für ein rotes Sachsen im freien sozialistischen Deutschland.

Zeichnet euch ein zum roten Volksbegehren.

## Selbstmord am Münchner Blah

Am Sonntagvormittag hat sich im Gefangenenhaus am Münchner Blah ein 26 Jahre alter Gefangener, der vor Weihnachten entlassen werden sollte, mit dem Handtuch am Fenstergitter erhängt. Die Verwaltung will den Grund des Freitodes nicht kennen.

## Straßenbahnarbeiter tödlich verunglückt

Am Freitag verunglückte der Monteur Hans Giehmann der Dresdner Straßenbahn bei Überleitungsarbeiten in der Ostro-Allee dadurch schwer, daß die Leiter infolge der an diesem Tage herrschenden Glätte ausrutschte. Er lag sich schwere innere Verletzungen zu, die seine Überführung ins Krankenhaus nötig machten. Am Sonntagabend ist er dann gestorben. Giehmann war Erbkamm für den roten Betriebsrat. Er war ein von den Kollegen alleseitig geschätzter Kollege.

## In der Elbe den Tod gesucht

hat ein auf der Tharandter Straße wohnhafter 67 Jahre alter Invalide. Er wurde an der Radiker Fährte als Leiche aus der Elbe gezogen. Die bürgerliche Presse und die Dresdner Volkszeitung melden: Der Grund zur Tat muß noch geklärt werden. Was bei einem Invaliden im Zeichen des brutalen Abbaues der Unterhaltungen noch zu klären sein soll, bleibt deren Geheimnis. Jedes Kind kann heute den Grund erraten.

## Der Kampf um die Spitze

Seit dem 2. Dezember läuft die Einzählungsfrist zum roten Volksbegehren. Während in Dresden die ersten Tage die Einzählung nicht allzu stark einsetzte, ist seit Sonntag ein rapides Anwachsen zu verzeichnen. Der Sonntag brachte nicht nur Massenbetrieb in der inneren Altstadt, er brachte auch Massenbetrieb in den anderen Einzählungsteilen. Dresden hat allein am Sonntag rund 3657 Einzählungen. Das Erfreuliche dabei ist, daß die Proletarierkategorie an der Spitze stehen. So wurden in Striesen, Tittmannstraße, 374 Einzählungen festgestellt, in der

Pfotenauerstraße 328 Einzählungen. Damit ist Dresden an die Spitze vor Leipzig gerückt. Die Tatsache, daß gerade Proletarierkategorie den härtesten Andrang zur Einzählung aufzuweisen haben, beweist, daß die kommunistische Partei die Führerin des Volksbegehrens in Dresden ist. Dresden hat aufgeholt. Jetzt gilt es, weiter nachzustoßen, alle Kräfte einzelen. Dresden muß von den Großstädten in der Zahl der Einzählungen die Spitze gewinnen. Mobilisiert den letzten Werktätigen zur Einzählung zum roten Volksbegehren.

# 2 Millionen ohne Unterstützung

**Bereinigte Staaten.** Die Hungermärsche gehen weiter. Im Oktober und November haben 3000 Konferenzen, Versammlungen, Demonstrationen und öffentliche Märsche stattgefunden. In vielen Städten erzwingen die Massen die Gewährung von Rogg und Quarantäne an die Marktteilnehmer, wobei fast alle diese reformistischen Gewerkschaften anführen. Hoover läßt die Flotten der Marktteilnehmer verhaften und hat einen Geheimdienst eingerichtet, der versucht, die Hungermärsche zu stoppen.



# Rund um den Erdball

## Diese Barbaren heulen über bolschewistische Unkultur Selbstmorde als Lotteriegeschäft

25 000 Dollar demjenigen, der errät, wie der erste Selbstmörder ausfieht

New York, 7. Dezember. Einige besonders raffinierte Profithändler in Rochester veranstalteten vor einigen Tagen eine Lotterie, die wohl das ungeheuerlichste darstellt, was bisher in Amerika, also in „Gottes eigenem Land“ ausgeteilt worden ist.

Wird da zur Zeit über den Genesisschlaf eine neue hohe Brücke gebaut, die wie man aus früheren traurigen Erfahrungen weiß, eine „gewisse Anziehungskraft auf Lebensmüde ausüben“ wird. Diesen Umstand nutzten nun einige „ehrenwerte“ Kaufleute, also sogenannte 100prozentige Amerikaner aus, indem sie darauf ein Lotteriesystem gründeten.

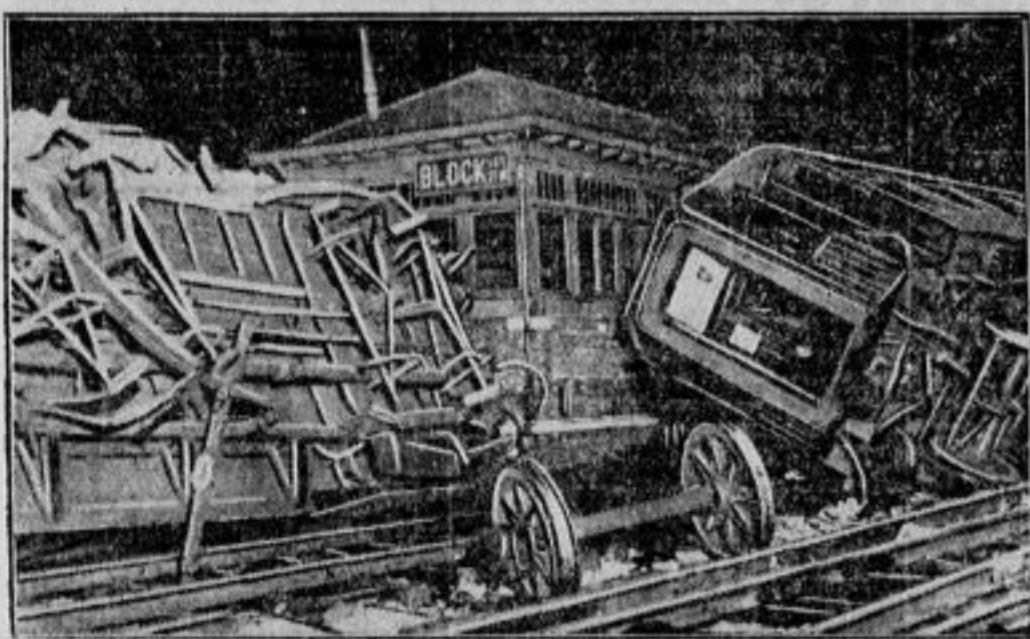
Der große Preis der Lotterie fällt also dem zu, der Alter, Geschlecht, Körpergröße und den Todestag des ersten Selbstmörders, der sich von dieser Brücke stürzt, am genauesten rät. Der „glückliche“ Gewinner dieses Preises er-

hält 25 000 Dollar. Ferner gibt es „Troßpreise“ in Höhe von 5 bis 5000 Dollar.

Bezeichnend für die Verrohung der fast vollkommen unter kapitalistisch-christlichen Einfluß stehenden Bevölkerung ist die Tatsache, daß die Lose „reichend abgehen“. Nur die organisierte Arbeiterschaft ist es auch hier wiederum, die auf das leidenschaftlichste gegen diese echt kapitalistische Barbarei protestiert.

Zur Zeit erwägt man amtlicherseits die Aufstellung einer hündigen Wache an der Brücke, um zu verhindern, daß dort irgendein verzweifelter Arbeitsloser sein Zimmerselbst ein Ende macht.

Und für eine „Kultur“, die solche Ungeheuerlichkeiten hervorbringt, sollen die Arbeiter ihre Haut zum Markte tragen? Wandern werdet ihr euch, Herrschaften!



### Zwei Schnellzüge aufeinandergerast

Zwischen den Stationen Mechel und Duffel in Belgien rasten nachts zwei D-Züge aufeinander. Mehrere Wagen wurden vollständig zertrümmert — aus den Trümmern wurden zwei Tote und siebzehn Schwerverletzte geborgen.

Spuren von weiteren Mordtaten im Grenzwald

## In 10 Jahren zwanzig Wilderer vermißt

Vier Ermordete bisher aufgefunden — Verhaftete Jagdhüter leugnen die Tat

Aachen, 7. Dezember. Im Verlauf der weiteren Untersuchung des dreifachen Mordes im deutsch-holländischen Grenzwald bei Putbroef wurde die Ungeheuerlichkeit bekannt, daß auf Konto des unter dringendem Mordverdacht verhafteten Jagdhüters Pösterholt und dessen Sohn weitere zwanzig Opfer zu buchen sind. Wie verlautet, sind im Laufe der letzten zehn Jahre etwa zwanzig Personen aus dem Grenzgebiet beim Wildern auf geheimnisvolle Weise verschwunden. Die Bevölkerung ist überzeugt, daß sie Opfer des verhafteten Jagdhüters geworden sind.

Zu der Meldung über die Auffindung einer vierten Leiche, des Bauernsohnes Koedroef aus Pösterholt,

wird noch bekannt, daß das Grab von der Bevölkerung in einer Entfernung von 500 Meter von dem Fundort der ersten drei Opfer der Menschenfalle entdeckt wurde. Auf Grund von Papieren, die sich in den Taschen des Anzuges des Toten befanden, konnte einwandfrei festgestellt werden, daß es sich um den vermißten Koedroef handelte.

Die Sektion der Leiche hat ergeben, daß auch er ein Opfer des Jagdhüters und seines Sohnes geworden war, der viele Jahre lang den Grenzwald bei Echt unsicher gemacht hat. Obwohl sich das belastende Material gegen die verhafteten Mörder häuft, leugnen sie hartnäckig jede Beteiligung an den Mordtaten.

## Doppelraubmord in Bayern

Um 30 Mark ...

München, 7. Dezember. Die Ortsgemeinschaft Oberbusch bei Thannberg in Niederbayern war am Sonntag der Schauplatz einer entsetzlichen Mordtat. Die 24jährige ledige Krämerstochter Babette Frey und deren dreijährige Nichte, die allein zu Hause waren, sind ermordet worden, während die übrigen Hausbewohner abwesend waren. Als die Angehörigen zurückkehrten, fanden sie die beiden in ihrem Blute liegend tot auf.

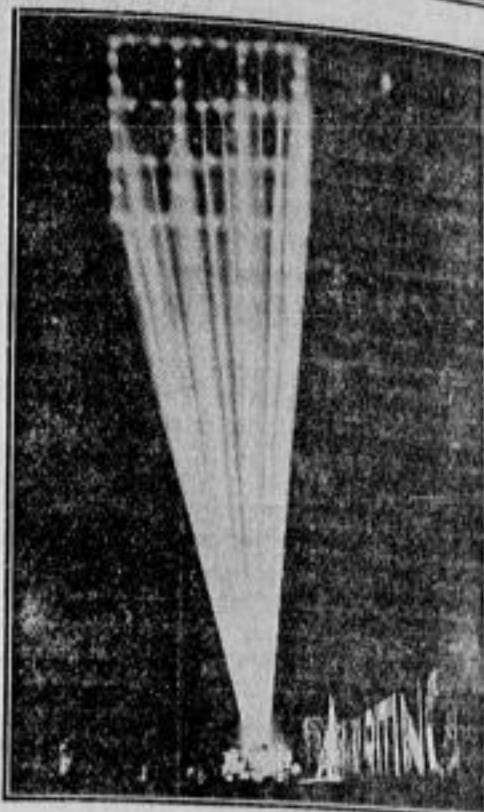
Ergänzend wird hierzu bekannt, daß der Mörder seine Opfer durch Messerstiche am Kopf furchtlich zugerichtet hat. Zwischen der Frey und dem Mörder muß ein schwerer Kampf stattgefunden haben. Das Messer, das der Mörder benutzt hat, war vollständig umgehoben. Die Frey ist im Laden ermordet worden, während das Kind in der Küche, wo es gerade spielte, erstochen wurde. Nach der Mordtat raubte der Mörder die Geldtasche aus und flüchtete mit etwa 30 Mark.

### Unglücksfall oder Verzweiflungstat?

Wie die Polizeipressestelle Gießen mitteilt, wurden am Sonntagabend im benachbarten Schönbach die 81jährige Witwe Anna Stanger und ihre 47jährige Tochter auf dem Fußboden ihrer Wohnung durch die Hausbesitzerin tot aufgefunden. Ein Arzt und die Mordkommission stellten als Todesursache Kohlenoxydgasvergiftung fest. Ob hier ein Unglücksfall oder eine Verzweiflungstat vorliegt, meldet die Polizeipressestelle eigenmächtig nicht.

### Schlechte Handschrift

„Angestrichen, wie kommen Sie dazu, die Aussage des Bittgenossen ungenutzt zu lassen. Dem Bittgenossen steht doch die Wahrheit über die Verhältnisse.“  
„Was ist, Herr Richter, aber dann ist es ne verfluchte unselbständige Handschrift.“  
(Aus der neuen „WJS.“)



### „Der Spinnennetscheinwerfer“

Im englischen Heer hat man jetzt — natürlich im Zeichen der „Abrüstung“ — erfolgreiche Versuche mit einem neuartigen Scheinwerfer gemacht, der zur Abwehr von Flugzeugangriffen bestimmt ist. Der Scheinwerfer sendet nicht mehr einen einzelnen Kegel zum Nachthimmel empor, sondern ein aus 300 einzelnen Strahlen gebildetes Gewebe, das die Gestalt eines Spinnennetzes zeigt. Man rechnet damit, daß ein Flugzeug, das in dieses Lichtnetz geraten ist, nicht mehr daraus entkommen kann, es bei jeder Wendung in das Licht eines neuen Strahles treten muß.

## Grubenmord in Rumänien

Sechs Kumpels getötet — 14 schwerverletzt

Bukarest, 7. Dezember. Durch schlagende Wasser wurden auf der Grube „Lonia“ bei Petroşani sechs Kumpels getötet und 14 schwer verletzt. Die Arbeiter wurden unter einer einstürzenden Galerie begraben. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig, da fortgesetzt Wasser ausströmte. Mehrere Arbeiter erlitten Gasvergiftungen. Bisher konnten erst drei Leichen geborgen werden.

## Flugzeugkatastrophe bei Bangkok

Fünf Todesopfer

Amsterdam, 7. Dezember. Auf der Fluglinie Batavia-Amsterdam, die von der holländischen Luftpostgesellschaft betrieben wird, hat sich ein schweres Unglück ereignet.

Wie aus Bangkok in Siam gemeldet wird, ist das Flugzeug „Doie Bar“, das am letzten Freitag von Batavia nach Amsterdam angetreten hatte, am Sonntagmorgen bei dem Aufstieg vom Flugplatz Don Mueang bei Bangkok abgestürzt. Die beiden Piloten wurden getötet, der Mechaniker und zwei Fluggäste wurden verletzt. Ferner wurde der Direktor des australischen Fluggesellschafts, der ursprünglich zu einem Flug nach Europa das in der vorigen Woche verunglückte australische Flugzeug „Southern Sun“ benutzen wollte, schwer und der Bordjunker des „Doie Bar“ leicht verletzt. Die Ursache des Unglücks ist noch unbekannt.

### Vom Eisenbahnzug getötet

Wie aus Toulouse gemeldet wird, ist ein von drei Soldaten begleiteter Trainwagen auf einem ungeschützten Bahnübergang von einem Schnellzug überfahren worden. Zwei Soldaten wurden auf der Stelle getötet, der dritte wurde schwer verletzt.

### Lesen! Weitergeben! Diskutieren!



Soeben erschienen.  
Erhältlich bei allen  
Literaturverkäufern

Die neue Broschüre über den zentristischen  
Ableger der SPD.

Verantwortlich: Alfred Brendel, Berlin.



### Raketenpostflug nach Wangeroo

Der Osnabrücker Raketenforscher Tilling (links im Vordergrund) hat in aller Stille seine Raketenflugversuche weiter ausgebaut. Er wird demnächst eine Raketenflugpost vom Festland nach Wangeroo durchführen, nachdem seine Raketen bereits Entfernungen von über 8000 Metern zurückgelegt haben.

# Das Wohnungswesen im faschistischen und im proletarischen Staat

Das faschistische Italien baut nur Staatsdiener-Wohnungen  
Sowjetrußland, das Land des Sozialismus, schafft Wohnungen für alle Werktätigen!

Vom 1. bis 5. Juni 1931 fand in Berlin ein internationaler Wohnungstongress statt. Veranstalter wurde er vom Internationalen Verband für Wohnungswesen (Sitz Frankfurt a. M.) (Vorstandender Senator Dr. W. B. B. (S. V. D.)). Es waren Vertreter aus europäischen und außereuropäischen Ländern anwesend.

Um für das Hauptthema „Die sozialpolitische Bedeutung der Wohnungswirtschaft in Gegenwart und Zukunft“ genügend Stoff zu haben, hat der Verband Fragebogen an bekannte Baufachleute der verschiedensten Länder geschickt.

Die sich daraus ergebenden Berichte sind außerordentlich bezeichnend für die Abhängigkeit der Lösung der Wohnungs- und Mieternot von den politischen Machtfragen. Zwei Welten treten uns entgegen! Ueberall, wo Profitwirtschaft des Großkapitals regiert — Verfall, Abbau, Trostlosigkeit des Wohnungsbaues und Mietbelastung für die werktätige Bevölkerung. Wo das arbeitende Volk die Macht in den Händen hält — planmäßiger Aufbau, Ausbau und weitestgehende Anpassung des Wohnungsbaues und der Mieten an die Lebenshaltung der breiten Masse! Das ist die Bilanz dieser objektiven Betrachtung. Nur zwei von ihnen greifen wir heraus: Den Bericht Italiens, des Mutterlandes „moderner“ Kapitalistischer Herrschaftsmethoden, und den der Sowjetunion, dem ersten Erdreich, auf dem Arbeiter und Bauern in Gemeinschaft mit dem werktätigen Mittelstand ihr Geschick selbst bestimmen. Diese Gegenüberstellung ist Lehrstoff für jeden deutschen werktätigen Mieter. Jetzt sollen die Tatsachen sprechen!

Unter beschränkter Platz erlaubt uns nicht, alle Berichte zu bringen. Auch nicht, daß wir die beiden Berichte aus Italien und der Sowjetunion vollständig veröffentlichen können, obwohl wir dies gerne tun möchten, sondern wir bringen die Schlüsselpunkte der Berichtstexte wörtlich. Die Schlüsselpunkte sind von den Berichtstexten selbst unter dem Wort „Zusammenfassung“ geschrieben und lauten wörtlich:

1929 schwankt der Preis für den Kubikmeter umgebauten Raumes bei Volkswohnungen zwischen 75 (Genova) und 100 (Lazio). In der Vorkriegszeit waren die Preise etwa 18 niedriger. Der für den Wohnungsbau erforderliche Boden kann zum Schatzwert enteignet werden und wird den Instituten für Volkswohnungsbau und den Baugenossenschaften zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt. Die Gemeinden sind verpflichtet, die gesamten Straßenkosten einschließlich Kanalisation, Wasserleitung usw. zu übernehmen. Der private Wohnungsbau ist dadurch erschwert, daß die Baurechtsanträge nur Hypotheken in der Höhe des Immobilienwertes mit einer Annuität von ca. 6 Prozent (Zins, Amortisation und Steuer) gewährt werden.

Der Staat unterstützt die Wohnbautätigkeit auf mannigfache Weise. Er gewährt den Instituten für Volkswohnungsbau und den Baugenossenschaften eine Reihe von Steuererleichterungen, von denen die wichtigste die Befreiung von der Gebäudesteuer für die Dauer von 25 Jahren ist. Auf die Gegenwart umgerechnet, entspricht das einem Zuschuß in der Höhe eines Drittels der Baukosten.

Der Staat hat auch 100 Millionen L bereitgestellt, um den Wohnungsuchenden den Erwerb einer Wohnung zu ermöglichen, und zwar handelt es sich hierbei nicht nur um Einkommenshäuser, sondern auch um Stadtwohnungen. Aus diesem Fonds werden Zuschüsse in der Höhe von 20 Prozent der Baukosten gewährt. 20 Prozent muß der Wohnungsuchende selbst anbringen, und 60 Prozent werden ihm als Hypothek (5,5 Prozent Zins) zur Verfügung gestellt. Das Institut für Volkswohnungsbau in Mailand gewährt sogar 80 Prozent Hypotheken, die dann allmählich vom Käufer der Wohnung zurückgezahlt werden müssen.

Der Staat baut nicht selbst, sondern bedient sich besonderer Körperschaften: des „Nationalinstitutes für Staatsbaugewerkschaften“, der „Genossenschaften für Eigenheim-Wohnungen“ und für Wohnungen von Volk- und Telegraphenbeamten und vor allem der „Institute für Volkswohnungsbau“. Die letztgenannten Institute sind öffentliche Körperschaften, die von den Gemeinden unter Beteiligung auch anderer Geldgeber (Sparbanken, Kreditbanken und Genossenschaften) ins Leben gerufen werden.

Am 31. Dezember 1926 gab es deren 84 mit einem Gesamtkapital von 113 Millionen L und einem Baubestand von 135 503

Bauten im Gesamtwert von 1 667 809 000. Jetzt dürften Bauten im Werte von 3 Milliarden L vorhanden sein.

Die Finanzierung der Bauten dieser Institute geschieht in der Weise, daß 50 Prozent der Gesamtkosten als 1. Hypothek mit 7 Prozent Verzinsung zur Verfügung stehen und weitere 50 Prozent zu einer Vorzugsanleihe von 4 Prozent (Zins der Zins-Zuschüsse des Staates). Für Instandhaltung, Verwaltung usw. werden nur 0,7 Prozent der Gesamtkosten gerechnet, so daß die Mieten nur etwa 6,2 Prozent der Bau- und Gebäudefskosten der Wohnung betragen.

Eine zweiräumige Wohnung (wobei die Küche als ein Raum gezählt wird) beansprucht eine Jahresmiete von 1 250. Das ist ca. 23 Prozent des Durchschnittslohnes eines Arbeiters im Betrage von 5 300. Wenn schon die Mieten des Institutes für Volkswohnungsbau, die doch unter der Norm liegen, nicht im richtigen Verhältnis zu den Löhnen stehen, so ist das private Baugewerbe erst recht nicht imstande, für den Arbeiter befriedigende Wohnungen mit erschwinglichen Mieten zu bauen.

Dem Ministerium steht eine Zentral-Kommission für Volkswohnungen und Baugewerbe zur Seite. Auch für die Provinzen und für manche Gemeinden sind solche Kommissionen gebildet. Zu ihren Aufgaben gehört die Genehmigung und Überwachung der von den Instituten ausgearbeiteten Bauprojekte.

Der Zustand der Wohnungen wird durch besondere Kontrollbeamte überwacht. Für die Unterhaltung werden nur 0,56 Prozent der Baukosten (ausschließlich Gebäudefskosten) berechnet, für die Verwaltungskosten 0,27—0,30 Prozent der Baukosten (einschl. der Gebäudefskosten).

Der italienische Bericht ist gegeben von Ing. Comm. Cesare Albertini, Direttore Ufficio Urbanistica, Milano.

Im Bericht selbst kommt zum Ausdruck, daß in Italien nur Angehörigen und Beamtenwohnungen errichtet worden sind. Da Italien jedoch auch am Krieg beteiligt war und während des Krieges bekanntlich nur Häuser und damit Wohnungen zerstört wurden, müssen die italienischen Arbeiter in den schlechtesten Wohnungsverhältnissen leben. Aus dem Bericht ergibt sich die Zahl der Wohnungsuchenden nicht, sie wird jedoch nicht gering sein.

Uns interessiert allerdings noch besonders, daß die Miete 23 Prozent des Durchschnittseinkommens eines Arbeiters verschlingt. Dieses Gefährdungsrisiko drückt auch gleichzeitig aus, daß wenige Arbeiter überhaupt imstande sind, sich eine Neubauwohnung zu mieten.

Da jedoch in Italien, so wie in allen kapitalistischen Ländern, die Wirtschaftskrise einen ungeheuren Umfang angenommen hat, wird auch dort der Wohnungsbau vollständig still liegen und die Wohnungsnot sich ungeheuer steigern.

Verzinsung der Kredite ist je nach ihrer Höhe 1/2 bis 1 Prozent jährlich. Die Arbeiter-Wohn- und Baugenossenschaften müssen, um Kredite zu bekommen, mindestens 10 Prozent des Bauwertes aus eigenen Einlagen der Mitglieder aufbringen. Ab 1931 findet eine Amortisation in jährlichen Raten von 1 1/2 Prozent des Durchschnittswertes der neu errichteten Wohnfläche statt.

Es werden auch für den individuellen Privatwohnungsbau an Arbeiter Kredite gewährt, allerdings unter etwas veränderten Bedingungen. Der Bauherr muß mindestens 30 Prozent des Bauwertes selbst aufbringen und die gewährten Darlehen mit 2 Prozent verzinsen.

Die Gewährung der Baukredite wie überhaupt die ganze Wohnbautätigkeit wird in den Rahmen des Gesamtwirtschaftsplanes eingegliedert. Somit entfällt ein ganz erheblicher Teil der öffentlichen Kredite auf die neu entwickelten Industriegebiete und die neuen Städte, die jetzt planmäßig geplant werden.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß die Bautätigkeit von Staat und Genossenschaften verhältnismäßig stetig, während der Prozentfuß der privaten Bautätigkeit zurückgeht. Die privaten Bauten sind verhältnismäßig billiger, weil auch die Qualität durchweg geringer ist.

Bei der Durchbildung der Wohnbauten geht das Streben dahin, Wohnfläche zu sparen und gleichzeitig eine möglichst weitgehende Bequemlichkeit für die Einwohner zu erreichen. Die Küchen werden deshalb im Gegenfall zu früher klein bemessen, dafür aber werden Badzimmer eingerichtet. Besonderer Wert wird darauf gelegt, gewisse Lebensbedürfnisse auf gemeinschaftlicher Basis zu befriedigen. Das geschieht durch Einrichtung von Klubsräumen, durch Beschaffen von Kinderkrippen, gemeinschaftlichen Spielhallen, gemeinschaftlichen Küchen und Wäschhäusern usw.

Während in den kapitalistischen Ländern der Mietzins meistens im umgekehrten Verhältnis zur Höhe des Einkommens der Arbeiterfamilie steht, nehmen die Ausgaben für Wohnungsmiete in der UdSSR in Familien mit verschiedenem Einkommen mehr den gleichen Prozentfuß ein. Diese Wirkung wird erreicht durch eine gezielte Normierung der Wohnungsmiete im Interesse der werktätigen Massen.

Bei der Festlegung der Miete geht man aus von den Instandhaltungskosten und Amortisationskosten. Diese stellen sich pro qm in Städten mit mehr als 40 000 Einwohnern auf 35—44 Kopeken und sinken in Städten unter 40 000 Einwohner bis auf 30 Ko-

peken. Je nach der örtlichen Lage der Wohnung und dem Mangel an Bequemlichkeit (Fehlen elektrischer Beleuchtung, Fehlen der Kanalisation und Wasserleitung usw.) finden Abzüge von dieser Grundmiete statt. Die Tage pro qm bildet die Grundlage für die Berechnung des Mietzinses, wobei bestimmte Zuschläge oder Ermäßigungen in Anwendung gebracht werden, je nach der sozialen Lage des Mieters, seinem Einkommen und der Zahl der Familienmitglieder, die von seinem Einkommen existieren. Für Personen mit einem Monatseinkommen von unter 125 Rubeln wird die Miettagz ermäßigt und für die mit mehr als 125 Rubeln ein Zuschlag vorgelesen. Im Jahre 1931 wird ein neues Geleß herausgebracht, in dem gleichfalls eine Differenzierung des Mietzinses je nach der Klassenzugehörigkeit und materiellen Lage der Mieter und der Qualität der Wohnung stattfinden soll. Die Mieten sollen jedoch nicht nach der Höhe des Einkommens des Familienoberhauptes, sondern nach der Höhe des Familien-einkommens festgelegt werden, und es soll ein Ausgleich zwischen den Mieten der bestehenden Häuser und der neu errichteten geschaffen werden.

Ein großer Teil des Miethausbesitzes in den Städten wird verwaltet durch Wohnungsmietgenossenschaften, die aus den Mi-

## Das leere Schlagwort vom „Kultur-Bolschewismus“

Dem „Tempo“ (eine in Berlin erscheinende Tageszeitung), Nr. 12, Jahrgang 1931, entnehmen wir folgendes: Der Schulmann:

Kulturbolschewismus ist ein gefährliches Schlagwort, gefährlich deshalb, weil sich jeder darunter vorstellen kann, was er will: also etwa gewaltsame Einführung des Alphabets durch Vernichtung der Schulen, Zerstörung sämtlicher Kirchen, aller Städte, Zerstörung der Einwohner aufs Land oder Wiedereinführung des Höhlenlebens — kurz alles, was den Zeitgenossen, der schon durch die Unsicherheit der politischen Verhältnisse furchtbar genug ist, noch weiter in Schrecken jagen kann.

Dabei muß festgehalten werden, daß der Bolschewismus in Rußland u. a. jedenfalls ein Schul- und Erziehungsweien aufgebaut hat, das zum mindesten doch nach einer neuen Kultur strebt und das die Herbeiführung der proletarischen Kultur, die ja auch eine Kultur ist, sich zum Ziel gesetzt hat.

Kulturbolschewismus ist also ein herrliches Wort, unter dem sich jeder denken kann, was ihm beliebt. Bei der Verwirrung der Bedeutung unserer politischen Begriffe nützen namentlich die rechtsstehenden Parteien solche unklaren Schlagworte aus. Es ist ein trauriger Beweis für die politische Denkfähigkeit unseres Volkes, daß es sie begierig aufgreift und sofort mit ihnen weiter operiert, als ob es eindeutige Vorstellungen wären. Darum: Fort mit dem „Kulturbolschewismus“! Prof. Paul Hildebrandt.

tern der betreffenden Häuser gebildet werden. Diese Einrichtung hat sich sehr bewährt und soll weiterhin ausgebaut werden.

Auch mit den Wohnbaugenossenschaften hat man gute Erfahrungen gemacht. Sie bauen etwas billiger als die staatlichen Organisationen, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß die Mitglieder der Genossenschaften an dem Fortgang der Bautätigkeit sehr interessiert sind und ehrenamtlich mitarbeiten und den Fortgang der Bautätigkeit kontrollieren. Die Wohnbaugenossenschaften umfassen am 1. Januar 1931 ca. 35 Millionen qm Wohnfläche mit einer Bevölkerung von etwa 6 Millionen Einwohnern. Die Wohnbaugenossenschaften haben bis zum 1. Januar 1931 4 500 000 qm Wohnfläche neu gebaut im Werte von 400 Millionen Rubeln. Es sind ihnen 400 000 Familien mit insgesamt 1 1/2 Millionen Personen angelassen, von denen etwa 500 000 Personen mit Wohnungen versorgt sind.

Die qualitativen Vorzüge der Wohnbaugenossenschaften als Verwaltungsform haben sowohl industrielle Unternehmungen wie auch die kommunalen Vollzugsräte veranlaßt, die von ihnen errichteten Häuser Genossenschaften zur Verwaltung zu übergeben. Zur Steigerung der Qualität der Hausverwaltung sind besondere Kurie eingerichtet.

Der Bericht über die Sowjetunion ist verfaßt von Belousoff, Präsident des Zentralrates für Wohnungsbau und Baugenossenschaften der Sowjetunion.

Es ist bekannt, daß der Jargonismus der neuen Staatsmacht auf dem Gebiete des Wohnungswesens ein schlechtes Erbe hinterlassen hat.

Brandsstätten für die Reichen und alte Holzhütten und Höhlen für die Armen kennzeichneten das kapitalistische System des früheren Rußlands, Krieg und Bürgerkrieg wirkten auch hier noch verheerend mit.

Dem obenstehenden Bericht ist noch nachzutragen, daß die Miete in der Sowjetunion 7—8 Prozent beträgt. Wir lassen den Berichtstext über diese Frage selbst sprechen. Es heißt da in einem Teil des Berichtes unter:

V. Wohnungsmiete und Arbeitslohn

In kapitalistischen Ländern macht der Mietzins einen umso geringeren Teil des Einkommens einer Arbeiterfamilie aus, je höher ihr Einkommen ist. In der Sowjetunion leben wir eine ganz andere Erscheinung: Die Ausgaben für Wohnungsmiete machen in Familien mit verschiedenen Einkommen fast den gleichen Teil aus. Das Studium der Haushaltsrechnungen von Arbeiterfamilien zeigt, daß bei Familien, die im Jahre 1928 pro qm 10—15 Rubel monatlich ausgaben, die Wohnkosten 6,7 Prozent ihrer Ausgaben ausmachten. Familien, die nicht sprechend 15—20 Rubel ausgaben, verwendeten für die Miete 6,5 Prozent und Familien mit 20—25 Rubelgaben für Miete 6,9 Prozent ihrer Ausgaben. Im Jahre 1929 machten die Ausgaben für Wohnungsmiete bereits 7,1 Prozent, im Jahre 1930 sogar 8 Prozent aus, aber das Verhältnis zum Einkommen blieb bei den verschiedenen Gruppen das gleiche.

## Das ist sozialistische Wohnungspolitik!

Wohnungsbau grundsätzlich Staatsaufgabe — Alle Wohnungen für Werktätige — 7 bis 8%, Mietanteil am Arbeits-Einkommen!

Die Oktober-Revolution 1917 enteignete den gesamten Grund und Boden. Durch ein Gesetz vom Jahre 1918 wurden auch alle früheren Wohnbauten in den Städten dem Privateigentum entzogen; im Privateigentum blieben nur kleine Gebäude im Werte bis zu 10 000 Rubeln, also im allgemeinen nur kleine Einfamilienhäuser. Die gesamte Neubautätigkeit vollzieht sich demnach nicht auf der Grundlage des Privateigentums an Grund und Boden, sondern lediglich auf der Grundlage langfristiger Dauerpachtung der Grundstücke. Der auf Profit eingestellte Wohnungsbau existiert in der Sowjetunion nicht mehr. Beim privaten Wohnungsbau, der immer noch eine erhebliche Bedeutung hat, handelt es sich nur um kleine Einfamilienhäuser. Von den Erbauern von Wohnbauten waren 64,4 Prozent proletarische Elemente und 35,6 Prozent Arbeiter und 22,4 Prozent Angestellte. Weitere 18,8 Prozent entfielen auf Kleinrentner (Hausindustrieller, Handwerker), die keine Lohnarbeiter befristeten, auf kleine, freie Berufe und Personen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind. 0,8 Prozent entfielen auf Personen, die Lohnarbeiter befristeten. Die durchschnittliche Wohnfläche eines Privatneubaues betrug im Jahre 1928 32 qm und 1929 30 qm. Es handelt sich also durchweg um Kleinhäuser, besonders von Arbeitern, die in die Stadt überzogen und mit dem, was sie durch den Verkauf ihrer Habichtigkeiten auf dem Dorfe erworben, ein Häuschen an ihrer Arbeitsstelle errichteten. Die Pachtverträge werden für Wohnbauten auf die Dauer von 65 Jahren, bei der teilweise aus Stein errichteten Häusern auf 55 Jahre und bei Holzbauten auf 45 Jahre abgeschlossen.

Die staatliche und genossenschaftliche Wohnbautätigkeit wird finanziert durch die Mittel der Zentral-Kommunal-Bank, durch spezielle Fonds der kommunalen Vollzugsräte und bestimmte Beiträge von ihrem Haushalt, ferner durch besondere Fonds der einzelnen Sowjetrepubliken, die durch Abzüge aus den Erträgen der staatlichen Industrieunternehmungen und ihrem Staatshaushalt gebildet werden, ferner durch Mittel der staatlichen Industrieunternehmungen und durch eigene Mittel der Baugenossenschaften. Die insgesamt für Wohnungsbau von Staat und Genossenschaften zur Verfügung gestellten Mittel betragen von 1917 Millionen im Jahre 1928 auf 1001,6 Millionen Rubel im Jahre 1931. Für die Neubauten werden weitgehende Steuererleichterungen gewährt. Die Kredite für den Bau von Arbeiterwohnungen werden bei Stein- und Ziegelhäusern für 40 Jahre, bei teilweise aus Ziegeln oder Stein gebildeten Häusern für 30 Jahre und bei Holzbauten für 45 Jahre gewährt. Die

# Wo steht die werktätige Jugend? Bei Hitler, Wels oder Thälmann?

Darüber spricht am Dienstag, dem 8. Dezember, der  
**ehem. Hitlerjugendleiter Böhme-Berlin**  
und der **SAJ-Rußlanddelegierte Genosse Dullec**  
**20 Uhr im Keglerheim, Friedrichstraße**

## Neuer Sammelrummel in Dresden!

Nachdem eine Woche der Sammlung durch die, der sogenannten Winterhilfe angeschlossenen Organisationen vorüber ist, tritt die Reichswehr in Aktion. Herr Kili, Dresdens staatsparteilicher Ober, von der SPD-Führung Gnaden, erließ höchstpersönlich in allen ihm treuergebenen Zeitungen von Jugenberg bis Wels einen besonderen Aufruf. Gebt, gebt reichlich und schnell, das ist der Hilferuf derer, die freiwillig gar nicht daran denken, auf ihre Kieferngehälter zu Gunsten der Armen zu verzichten. In sechs Kolonnen will die Reichswehr Dresden erobern. Wie immer, befinden sich die Sozialdemokraten auch hierbei mit der Reichswehr in einer Front. Diese Sammlung läßt aber Erinnerungen an die früheren Sammlungen nach werden. Wie war es 1924 und was stellte sich später (siehe Fall Meißner) heraus? Wie war es im vorigen Jahr? Unsere Anfrage über einen Einbruch in das Kleiderdepot, in dem die damals gesammelten Kleider aufbewahrt wurden, ist bis heute unbeantwortet geblieben. Die Werktätigen wissen aber, warum. Heute steht fest, daß damals eingebrochen worden ist. Das Schönste dabei ist, daß das Fürsorgeamt nicht einmal die Zahl der gestohlenen Sachen anzugeben vermochte. Sicher ist, daß dabei nicht die schlechtesten Kleidungsstücke abhanden gekommen sein werden.

Warum hat der Rat bisher die Tatsachen verschwiegen?

Weil er Sorge hatte, daß dann in diesem Jahre nicht ein Stückchen mehr abgeliefert werden würde. Weil dann seine ganze Aktion ins Wasser gefallen wäre. Die Werktätigen wissen aber, nicht durch Vettelaktionen, bei denen sie nicht wissen und nie kontrollieren können, wenn kommen die gesammelten Sachen zugute, wird ihre Lage verbessert, sondern nur durch rücksichtslosen Klassenkampf unter Führung der kommunistischen Partei gegen Hunger und falsche Reaktion!

Sie reihen sich deshalb in die kommunistische Partei ein und zeichnen sich ein zum roten Volksbegehren!

## Die Rote Einheitsfront beschlagnahmt!

Die Nr. 8 der Diskussionszeitschrift Die Rote Einheitsfront wurde von der Polizei beschlagnahmt. Man will mit polizeilichen Maßnahmen die rote Einheitsfront der sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter verhindern. Arbeiter, verbreitet deshalb erst recht die in den nächsten Tagen erscheinende neue Nummer der Roten Einheitsfront, die u. a. folgende aktuelle Beiträge enthält:

Appell des K. der KPD an die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter / Ernst Thälmann: Kämpft mit uns für eure Forderungen! / Heinz Neumann: So muß die Einheitsfront gebildet werden / Marie Reese: Welche Einheitsfront liegt? / Jakob Heinen: Arzt, Quacksalber oder Totengräber des Kapitalismus? / Sowjetdeutschland ist möglich / Sozialdemokratische Arbeiter in der Sowjetunion / Die 2. Internationale und der Krieg in Ostchina, usw.

Sozialdemokratische Arbeiter, lest dieses Organ! Kommunistischer Genosse, wenn du mit den sozialdemokratischen Klassen-genossen diskutierst, vergiß nicht, ihm Die Rote Einheitsfront zu geben!

Die Rote Einheitsfront ist zu beziehen bei allen proletarischen Literaturstellen.

## Was geht uns Frauen das Volksbegehren an?

Darüber spricht Genossin Erna Rentzsch am Mittwoch dem 9. Dezember 1930 Uhr bei Watzkes, Leipziger Straße, kleiner Saal.

## Aus Verzweiflung über Erwerbslosigkeit in das Irrenhaus getrieben!

Die Notverordnungen, die in den letzten Monaten mit Unterstützung der SPD-Führung buhrendweise auf die Werktätigen losgelassen wurden, haben die Lage derselben ungeheuerlich verschlechtert. Große Gruppen von Arbeitern wurden aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen. Die Karenzzeit wurde verlängert, die Unterstützungsbeträge vermindert, Beiträge erhöht u. v. m. Wie sich im einzelnen die Notverordnung auswirkt, zeigt ein Fall, der uns von Löhnen gemeldet wird. Dort war eine Frau Heide, 58 Jahre alt, seit 1912 bereits als Hofarbeiterin auf dem Rittergut beschäftigt. Das Rittergut selbst läßt die Auswirkung der Krise die dort beschäftigten Arbeiter im vollen Umfange tragen. So mußte auch diese Frau in den letzten zwei Jahren mehrere Male aussetzen. Auch jetzt wieder war sie von der Firma wegen Arbeitsmangel entlassen. Das Arbeitsamt hatte ihr mitgeteilt, daß sie

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am Sonntag, mittags 12.30 Uhr, mein lieber Mann und treusorgender Vater

**HANS GIESSMANN**

durch Unglücksfall verschieden ist.

In tiefster Trauer

Dora Gießmann u. Töchterchen

Dresden-A. 6, Hohenhofplatz 5, III.

Die Beerdigung findet am Mittwoch 17 Uhr in Tolkewitz statt.

vor vier Wochen nichts erhalten könne. Die fortgesetzte Unsicherheit ihrer Lebenslage, die Auskunfts im Arbeitsamt, die Tatsache, daß sie nicht einen Pfennig zum Leben hatte (dazu reicht es bei den Landarbeitern eben nicht aus), hat die Frau, die völlig alleinstand, so zermürbt, daß man sie nach dem Sonnenstein bringen mußte.

Werktätige, macht ihr Schluß machen mit diesen Zuständen, dann reißt euch ein in die rote Klassenfront und beteiligt euch am roten Volksbegehren!

## Eisenbahnverkehr während der „Fetertage“

Mit Rücksicht auf die diesjährige Lage des Weihnachts- und Neujahrfeiertages und um den Verkehr zu beleben, hat die Reichsbahn folgendes bestimmt:

a) Sonntagsrückfahrtkarten gelten ausnahmsweise zur Hin- und Rückfahrt vom 23. Dezember 1931, 12 Uhr ab, an allen Tagen bis zum 3. Januar 1932 einschließlich, zur Rückfahrt vom 23. Dezember 1931 ab an allen Tagen bis zum 4. Januar 1932, vormittags 9 Uhr.

Außerdem dürfen Schnellzüge auf Sonntagsrückfahrtkarten an allen vorgenannten Tagen gegen Bezahlung des tarifmäßigen Schnellzugzuschlages benutzt werden.

b) Arbeiterrückfahrtkarten, die in der Zeit vom 19. bis 27. Dezember 1931 gelöst sind, können zur Rückfahrt bis zum 4. Januar 1932 einschließlich benutzt werden. Ferner ist abweichend von den Tarifbestimmungen auch am 21., 22., 23. und 30. Dezember 1931 gestattet, Arbeiterrückfahrtkarten für die Fahrt vom Arbeitsort zum Wohnort zu benutzen.

Wieviele werden in diesem Hungerwinter von einer solchen Vergünstigung Gebrauch machen können? Wie mer es, wenn die Reichsbahn die Tarife herabsetzen würde? Besonders schwer fallen könnte das nach unserer Auffassung der Reichsbahn nicht. Es genügt, wenn die Korruptionsgehälter der Generaldirektoren

und aller hohen und höchsten Beamten entsprechend der Leistung der kommunistischen Partei, Begrenzung der Gehälter auf 6000 Mark jährlich, abgebaut würden. Daraus werden die Werktätigen aber lange warten können.

## Keine homöopathische Abteilung in Dresden

Seit 1927 fordern die Dresdner Werktätigen ein homöopathisches Krankenhaus oder als mindestens die Errichtung einer homöopathischen Abteilung in einem der bestehenden Krankenhäuser. Der Dresdner Rat hat sich von Anfang an dagegen sträubt. Der Wille zehntausender Anhänger der Homöopathie in Dresden wurde ignoriert. Seinerzeit gelang es, von der Stadt ein homöopathisches Institut durchzusetzen. Schon damals konnte man feststellen, daß die Homöopathie nur ein Geschäft war, die Jodeln sagten wie, rede nur, es wird ja doch nicht über errichtet werden nicht das Meiste für die Errichtung der stärksten Gegner soll neben einer Reihe von allopatischen Ärzten der Dement der Krankenanstalten, Herr Dr. Tempel, sein. So war denn auch vom Rat nichts anderes zu erwarten als daß er die bei einem Etat von 180 Millionen zu erwartende Summe von 100 000 Mark für die Errichtung ablehnte. Wirklich „großartig“. Die SPD, die mit dieser eine Zeitlang haushieren ging, schmeißt nun aus. Sie hat Ursache dazu, denn Herr Böhme, ihr Parteigenosse, ist es, der Geld ablehnt. Die Werktätigen aber sollten daraus lernen, daß sie so lange Verzichtsbüßel bleiben, solange sie nicht den im außerparlamentarischen Kampf ihre Forderungen durchsetzen.

## Proletarischer Unterhaltungsabend

verbunden mit Tanz am Sonnabend dem 12. Dezember im Orpheum, Dresden-N., Kamenzer Straße. Der Arbeiter, erscheint in Massen! Eintritt frei. — 12 Marken 50 Pfennig. Einlaß 18, Anfang 19 Uhr.

Erwerbslosenaussschuß Dresden-N.

## Verstärkte Einbrüche

Aus einem Heim in der Rammelsstraße wurden in der Nacht zum 5. Dezember 250 Mark Bargeld und mehrere Stück Zigaretten (Turmas, Memphis und Österreichische Dritte Sorte) gestohlen. Die Zigaretten, über 500 Stück, befinden sich zum Teil in Blechbüchsen.

Nachschlüssel diebstahl am 5. Dezember in einer Wohnung Markt-Heinrich-Straße 970 Mark Bargeld.

## Motorrad gestohlen

Vom Schloßplatz wurde am 6. Dezember zwischen 13 und 14 Uhr ein Motorrad Marke „Triumph“, IK 49 943, gestohlen.

## 20 Kämpfe im Hochring! Der Reichsmeister (Hamburg) im Kristallpalast

35 bundestreue Genossen beteiligen sich an der Oppo-Veranstaltung

Am Mittwoch ist Großkampftag im Kristallpalast! Weit über 30 bundestreue Genossen wollen Solidarität unter Beweis stellen. Ringer, Boxer, Jiu-Jitsu, Gewichtheber, Artisten werden auftreten, um die hohe Kunst der Athletik zu entfalten. In der Pause und vor Beginn der Wettkämpfe wird die Musikleitung vom DSV für Unterhaltung sorgen. Die Preise sind vollständig gehalten. Erwerbslose zahlen 25 Pfennig. Deshalb heißt die Parole:

Am Mittwoch alles in den Kristallpalast!

## Arbeiter! Heraus zur Solidaritäts-Kundgebung!

### Speisezimmer

echt Küche  
m. Küchensystem  
Spez. - Gesch. Fischer  
Glacéstr. 26 • Linie 3 u. 26

Verkauf  
neue billige

### Küche

Spez. - Gesch. Kärntner, 4  
Str. - Hiltl: Neust. Markt

### Alle Drucksachen

liefert  
für  
proletarische  
Organisationen  
die

### Neudrag- Druckerei Dresden-A. 1

Güterbahnhof-  
straße 2

### Ausziehtisch

u. 6 Hölzer, 115.

Spez. - Gesch. Kärntner, 4  
Str. - Hiltl: Neust. Markt  
• in Herstellung  
daher besuche billig



## Ihre Weihnachtsgans

erhalten Sie auch in diesem Jahre von uns. Bitte bestellen Sie rechtzeitig. Wir sorgen dann dafür, daß Sie einen billigen und schmackhaften Festtagsbraten erhalten.

## Deutsche Hafermastgans

(Vierländer Hafermastgans)

Der Prager Hafermastgans vollkommen  
ebenbürtig.

Die Steuerkarten für Gänse und Fleischwaren  
sind bis **12. Dezember 1931** in der jeweiligen  
Verteilungsstelle abzugeben.

Konsumverein

## VORWÄRTS

Abgabe nur an Mitglieder.

